



Sitzungsperiode 2018-2019
Sitzung des Ausschusses IV vom 13. Februar 2019

FRAGESTUNDE*

1. Frage von Herrn NELLES (CSP) an Minister ANTONIADIS zur Beihilfe für Studentenwohnungen

Die belgische Presse berichtete unlängst, von dem Vorhaben der Wallonischen Regionalregierung, dass künftig Studierende, die

- a) ein Hochschulstudium absolvieren,
 - b) in der Wallonischen Region wohnen und
 - c) mindestens 60 Minuten Anfahrtszeit vom Wohnort zum Studienort haben,
- Anrecht auf eine jährliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 1.000 Euro haben.

Dafür seien bereits 10 Millionen Euro im Budget der WR vorgesehen. Die Prämie sei ab September 2019 zugänglich.

Da die Initiative nicht im Unterrichtswesen der frz. Gemeinschaft, sondern im Wohnungsbau angesiedelt ist, stellen sich vor dem Hintergrund der Übertragung dieser Zuständigkeit an die DG folgende Fragen:

- *Ist diese Akte bei den Vorbereitungen zur Übertragung dieser Zuständigkeit bereits finanziell berücksichtigt worden?*
- *Plant die Regierung, diese nicht unbescheidene Unterstützung nach der Übertragung auch unseren Studierenden zur Verfügung zu stellen.*
- *Plant sie es auch dann, wenn dieser Finanzierungsteil nicht übertragen wird?*

2. Frage von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur finanziellen Unterstützung für Studenten, die in der Wallonie studieren

Die wallonische Regierung hat am vergangenen 31. Januar einen Erlass verabschiedet, mit dem Ziel, Studenten finanziell zu unterstützen, deren Universität sich weit weg von ihrem Wohnsitz befindet.

Ein Recht auf 1000 Euro Unterstützung hätten junge Menschen, die ihren Wohnsitz auf dem Gebiet der Wallonischen Region und bei ihren Eltern haben, aber ein Kot, ein Studentenzimmer, mieten. Zusätzlich müssen beide Orte 1 Stunde Reisezeit voneinander entfernt sein. Hier gilt eine Fahrt an einem Donnerstagmorgen um 8 Uhr als Richtwert.

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

Die wallonische Regierung rechnet damit, dass diese Maßnahme bei 10 000 möglichen Inanspruchnahmen etwa 10 Millionen Euro kosten kann.

Laut meinen Informationen wird diese Maßnahme über regionale Mittel als Wohnungsbeihilfe ausbezahlt werden. Demnach hätten also in September 2019 also auch sehr viele deutschsprachige Studenten Anrecht auf diese Unterstützung, natürlich vorausgesetzt sie erfüllen die allgemeinen Bedingungen.

Daraus ergeben sich für mich heute folgende Fragen an Sie:

- *Gehe ich richtig in der Annahme, dass die Kot-Studenten aus der DG im September 2019 Anrecht auf die 1000€-Beihilfe der Wallonischen Region haben, ab 2020 aber nicht mehr, falls die DG nicht eine ähnliche Prämie selber einführt?*
- *Gesetzt den Fall, die DG wird diese gleiche Prämie selbst ab 2020 einführen, wie hoch wären die damit verbundenen Kosten (Prämie, Verwaltungsaufwand, ...)?*
- *Inwieweit ließe sich diese Wohnungsprämie auch in die Studienbeihilfen integrieren?*

3. Frage von Frau KLINKENBERG (ProDG) an Minister ANTONIADIS zur Eröffnung der Kinderkrippe Hergenrath

Das Projekt der gemeinsamen Kinderkrippe der Gemeinden Lontzen, Raeren und Kelmis feierte im Juni 2018 Grundsteinlegung. Die Bauarbeiten an der Asteneter Straße in Hergenrath gehen zügig voran und werden unseren Informationen zufolge bald beendet.

Daher meine Frage:

Wann wird die Kinderkrippe bezugsfertig sein, so dass sie ihre Arbeit schnellstmöglich aufnehmen kann und der Bedarf an diesem Standort endlich gedeckt werden kann?

4. Frage von Herrn VÖLL (CSP) an Minister ANTONIADIS zum Krankenhaus Eupen Labor - Anapathologie

Im Rahmen der Diskussionen über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung, genauer: IZOM, Ostbelgien Regelung oder ZOWAST, hat das Eupener Krankenhaus auch immer auf die finanziellen Konsequenzen hingewiesen. Demnach sei es zu Umsatzverlusten gekommen ist, weil Patienten im Ausland behandelt wurden.

Umso merkwürdiger sind Informationen, wonach Proben die im Eupener Krankenhaus bei Untersuchungen entnommen werden, nicht im vorhanden Labor untersucht werden, sondern an ein privates Labor weitergeben werden, das einer Internationalen Finanzgruppe gehört, die ihren Hauptsitz in England hat und eher nicht das Eupener Krankenhaus unterstützt.

Hierzu meine Frage an die Regierung:

- *Können sie bestätigen, dass Proben aus dem Eupener Krankenhaus, die das Krankenhaus selber analysieren könnte, in fremden Labors abgegeben werden?*
- *Wie wird dieser Schritt begründet?*
- *Wie steht sie Regierung zu dieser Vorgehensweise, insbesondere in Anbetracht der Diskussionen um die Finanzierung des Krankenhauses Eupen?*

5. Frage von Frau JADIN (PFF) an Minister ANTONIADIS zum geplanten zweiten Seniorendorfhaus

Ein erstes Seniorendorfhaus konnte bereits eingerichtet werden. Ein zweites wird folgen", dies waren die Worte des Ministerpräsidenten, Herrn Oliver Paasch, als er uns vor einigen

Monaten die politische Erklärung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die laufende Sitzungsperiode vorgestellt hat. Wie uns ebenfalls während den Haushaltsberatungen mitgeteilt wurde, soll das geplante zweite Seniorendorfhaus unter der Trägerschaft von Vivias eröffnet werden.

Meine Fragen nun an Sie, werter Herr Minister sind folgende:

- *Wie ist der aktuelle Stand der Dinge bezüglich dieses Vorhabens?*
- *Wurde bereits ein Standort für das zweite Seniorendorfhaus in Betracht gezogen, beziehungsweise festgelegt?*
- *Welche Lehren konnte man aus dem ersten Projekt ziehen, die nun in die konkrete Ausgestaltung des zweiten Pilotprojektes miteinfließen?*

6. Frage von Herrn SERVATY (SP) an Minister ANTONIADIS zum WHO-Bürgergipfel in Eupen

Am Samstag hat im Kloster Heidberg in Eupen ein Bürgergipfel der WHO zum Thema Gesundheit stattgefunden, der von der Euregio Maas-Rhein organisiert wurde. Bereits im Vorfeld wurden ostbelgische Teilnehmer gesucht und offenbar auch gefunden. Meinen Informationen zufolge haben auch Sie an diesem Gipfel teilgenommen.

Hierzu meine Fragen:

- *Welches ist Ihr persönliches Fazit des Bürgergipfels?*
- *Welches waren die inhaltlichen Schwerpunkte der Veranstaltung und lassen sich daraus auch Erkenntnisse für die Gesundheitsförderungspolitik der DG ableiten?*